

Asyl in Sachsen: Zahlen, Daten, Fakten

Sächsische Staatsregierung

Ihr Ansprechpartner
Christian Hoose

Durchwahl
Telefon +49 351 564-1300
Telefax +49 351 564-1309

christian.hoose@
sk.sachsen.de*

Dresden,
20. August 2015

Asylbewerber in Sachsen

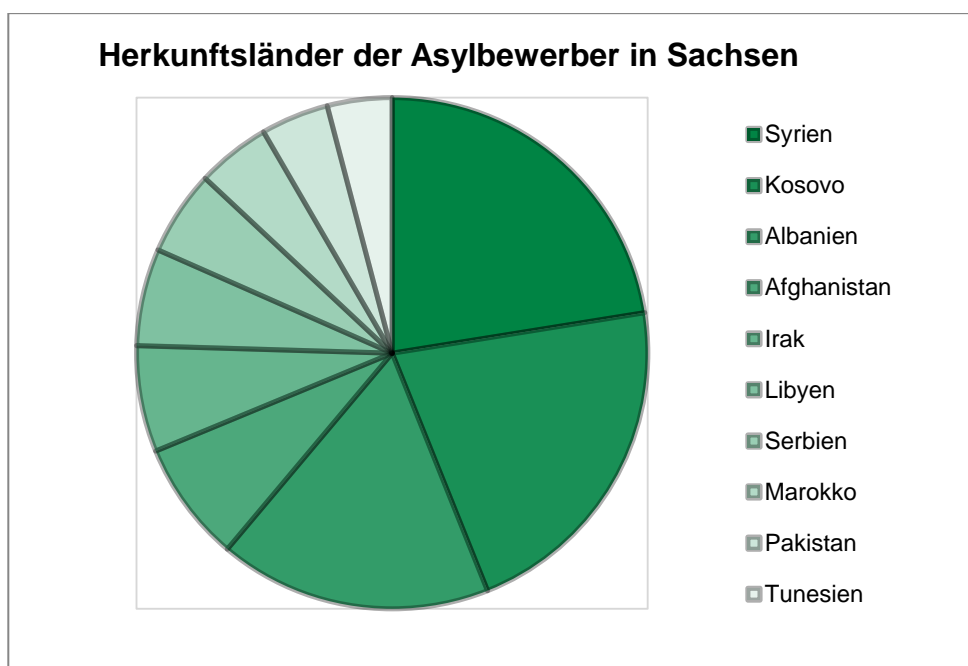
In Sachsen leben zum Stichtag 31. Juli 2015 insgesamt **25.170** Asylbewerber, deren Asylverfahren im Prozess ist oder deren Antrag bereits abgelehnt wurde.

Im 1. Halbjahr 2015 wurden im Freistaat **11.519** Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) gestellt. Im gesamten Jahr 2014 waren es 6.930.

Bis zum 31. Juli 2015 zählte die sächsische Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz **14.575** Zugänge an Flüchtlingen. Im Vorjahreszeitraum waren es 4.905.

Laut aktuellen Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge rechnet Sachsen in diesem Jahr insgesamt mit **40.700** Flüchtlingen.

23 Prozent der Asylbewerber in Sachsen stammen aus Syrien.



Stand: 30. Juni 2015

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze gilt:
Bitte beim Pfortendienst melden.

Unterbringung in Sachsen

Flüchtlinge, die in Sachsen ein Asylgesuch stellen, werden zunächst in einer **Erstaufnahmeeinrichtung** bis zur Höchstdauer von **3 Monaten** untergebracht. Bislang wurden ankommende Asylbewerber in der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz sowie deren Außenstellen untergebracht. In Chemnitz sitzt neben der **Zentralen Ausländerbehörde**, die für Registrierung, Gesundheitsuntersuchung und Erstunterbringung zuständig ist auch das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**, das für die Verfahren zuständig ist.

Mit dem neuen Unterbringungskonzept erhalten die Städte **Dresden und Leipzig unabhängige, separate Erstaufnahmeeinrichtungen**, in denen auch die Zentrale Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge untergebracht werden.

Kurzfristig werden **10.000** Unterbringungsplätze in der Erstaufnahme des Freistaats geschaffen, davon jeweils **3.600** in Leipzig und Dresden und **2.800** in Chemnitz. Langfristig entstehen weitere **3.500** Plätze als Pufferkapazität. Die genauen Standorte hierfür müssen noch bestimmt werden.

Im Anschluss an die Erstaufnahme werden die Flüchtlinge auf die **Kommunen** verteilt. Dort erfolgt dann eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen. Diese Verteilung richtet sich nach einem Schlüssel, der sich aus dem **Anteil des jeweiligen Landkreises bzw. der Kreisfreien Stadt an der Wohnbevölkerung des Freistaats** errechnet.

Chemnitz, Stadt	6,00 %
Erzgebirgskreis	8,66 %
Mittelsachsen	7,75 %
Vogtlandkreis	5,76 %
Zwickau	8,06 %
Dresden, Stadt	13,15 %
Bautzen	7,60 %
Görlitz	6,46 %
Meißen	6,02 %
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	6,08 %
Leipzig, Stadt	13,24 %
Leipzig	6,36 %
Nordsachsen	4,87 %

Recht auf Asyl

Jeder Antrag auf Asyl wird durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf der Grundlage des Asylverfahrensgesetzes (AsylVerfG) hin überprüft. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entscheidet im Asylverfahren über **4 Schutzarten: Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz und Abschiebungsverbot.**

Während des laufenden Asylverfahrens erhalten die Flüchtlinge eine **Aufenthaltsgestattung**. Die Asylbewerber dürfen sich im **gesamten Bundesgebiet** aufhalten. Die Aufenthaltsgestattung ist so lange gültig, bis über den Asylantrag entschieden wurden ist.

- (1) **Asylberechtigung** Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl. Politisch ist eine Verfolgung dann, wenn sie dem Einzelnen in Anknüpfung an seine politische Überzeugung, seine religiöse Grundentscheidung oder an für ihn unverfügbare Merkmale, die sein Anderssein prägen, gezielt Rechtsverletzungen zufügt, die ihn ihrer Intensität nach aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit ausgrenzen. Das Asylrecht dient dem Schutz der Menschenwürde in einem umfassenderen Sinne. Als Asylberechtigter wird nicht anerkannt, wer über einen sicheren Drittstaat in die Bundesrepublik Deutschland eingereist ist (Mitgliedstaaten der EU, Norwegen, Schweiz). Das Asylverfahren ist dann in diesen Ländern durchzuführen.
- (2) **Flüchtlingsschutz** genießen Personen, denen aus völkerrechtlichen, dringenden humanitären oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland der Aufenthalt in dieser gewährt wird. Aktuell sind hierbei zu nennen: Zu dieser Gruppe gehören u.a. syrische Schutzbedürftige, denen aufgrund einer Anordnung des Bundes oder eines Landes die Einreise in das Bundesgebiet gestattet und denen sofort eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen ist.
- (3) **Subsidiär Schutzberechtigter** ist, wer stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht und er den Schutz seines Heimatlandes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen der Bedrohung nicht in Anspruch nehmen will. Als ernsthafter Schaden gilt u.a. die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter, willkürliche Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.
- (4) Ein **Abschiebeverbot** besteht, wenn die Abschiebung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellt oder im Zielstaat eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Ablauf des Asylverfahrens

Asylgesuch: Zunächst meldet sich der Ausländer als asylsuchend. Dies geschieht entweder direkt bei Übertritt der deutschen Grenze oder erst im Inland.

Verteilung: Die betroffene Person wird anschließend der zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung der Bundesländer zugewiesen. Die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer erfolgt nach dem „Königsteiner Schlüssel“, welcher die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft berücksichtigt. Er wird für jedes Jahr entsprechend der Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder festgelegt. Sachsen erhält danach im Jahr 2015 einen Anteil von ca. 5,1 % der Gesamtzahl der Asylsuchenden.

Antragstellung: Der Asylantrag wird in einer Außenstelle des BAMF gestellt, die der Erstaufnahmeeinrichtung zugeordnet ist. Der Antragsteller muss persönlich erscheinen. Nachdem der Asylantrag gestellt wurde, erhalten die Flüchtlinge eine Aufenthaltsgestattung. Diese ist nicht mehr nur räumlich auf den Bezirk beschränkt, in dem sich die Erstaufnahmeeinrichtung befindet, welche den Asylbewerber aufgenommen hat. Die Asylbewerber dürfen sich im gesamten Bundesgebiet aufhalten. Die Aufenthaltsgestattung ist so lange gültig, bis das Asylgesuch bearbeitet worden ist.

Persönliche Anhörung: In der Anhörung schildert ein Asylbewerber seine Verfolgung. Die Anhörung ist Grundlage für die Entscheidung, ob Asyl gewährt werden kann. Ausschlaggebend ist dabei immer das Einzelschicksal.

Entscheidung: Die Entscheidung über den Asylantrag wird dem Bewerber schriftlich mitgeteilt. Die Mitteilung enthält eine Begründung sowie eine Rechtshilfebelehrung.

Leistungen für Asylbewerber

Asylbewerber erhalten von den Bundesländern bzw. den Kommunen, was sie für das tägliche Leben brauchen:

- **Grundleistungen** für Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter im Haushalt,
- **Taschengeld** für persönliche Bedürfnisse im Alltag,
- **Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt,**
- bei besonderen Umständen auch weitere Leistungen, die vom Einzelfall abhängen.

Alleinstehende Flüchtlinge erhalten **359 Euro** monatlich bei Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen. Der Betrag setzt sich zusammen aus:

- dem notwendigen Bedarf von 216 Euro (Ernährung, Kleidung, Gesundheitspflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter),
- einem Bargeldbedarf von 143 Euro.

Die Kosten für Wohnung und Heizung sowie für Hausrat werden zusätzlich übernommen.

Entscheidung über den Asylantrag

Für den Fall, dass der Asylantrag bewilligt wird, erhält der Asylbewerber eine **Aufenthaltserlaubnis mit dreijähriger Gültigkeit** für die Bundesrepublik Deutschland. Nach Ablauf der drei Jahre wird eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erteilt, wenn das BAMF der Ausländerbehörde mitgeteilt hat, dass die Asylberechtigung nicht zu widerrufen oder zurückzunehmen ist.

Für den Fall, dass kein Asyl gewährt wird, wird die betroffene Person in einem **schriftlichen Ablehnungsbescheid** zur Ausreise aufgefordert, d.h. ihr wird mitgeteilt, dass sie innerhalb einer bestimmten Frist die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen hat. Gleichzeitig wird ihr für den Fall, dass sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist, die Abschiebung angedroht (§ 34 AsylVfG). Bis Stichtag 31. Juli 2015 wurden **678** Abschiebungen vollzogen.

Ausführliche und ständig aktualisierte Informationen sind für Sie unter www.asylinfo.sachsen.de bereit gestellt.